



INHALT April 2010

SEITE 1

„MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN“

Kampf gegen Rechts bei der Rheinbahn

SORGE ÜBER RECHTSEXTREMISMUS

Zentralrat der Juden fordert Bundesbeauftragten

SEITE 2

„ALS IHNEN DÄMMERTE...“

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

NEONAZIS STÖREN IG BCE VERANSTALTUNG

Versuch der Einschüchterung

AUFKLÄRUNG GEGEN RECHTS IM WEB 2.0

Online-Beratung weitet Aktivitäten aus

SEITE 3

VOLLER ERFOLG

Int. Wochen gegen Rassismus 2010

MARXLOH HAT SICH QUERGESTELLT

TERMINE

SEITE 4

„RASSISTEN SIND EINE GEFAHR, NICHT MUSLIME“

Gemeinsame Erklärung von 23 Prominenten

FILM DES MONATS:

Gut abgeschnitten



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

„MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN“

Kampf gegen rechtes Gedankengut als Teil der Ausbildung bei der Rheinbahn



Die Botschaft auf einem Linienbus der Düsseldorfer Rheinbahn ist unmissverständlich: „Mach meinen Kumpel nicht an“ ist auf der gelben Hand zu lesen, die unübersehbar auf dem Bus klebt. Initiiert wurde die Aktion von den 34 Auszubildenden des ersten Ausbildungsjahrs. Der Bus ist nur ein Teil verschiedener Aktivitäten der jungen Leute gegen Rassismus. Begonnen hatte es – so Ausbilder Berthold Meier – während der sozialpädagogischen Tage zu Beginn der Ausbildung im September 2009. Personalchef Wolfgang Böhm stellte das Unternehmen vor: über 2600 Beschäftigte aus rund 30 Nationen. Dass es in einem solchen multikulturellen Unternehmen keinen Platz für Rassismus oder Rechtsradikalismus geben kann und darf, versteht sich von allein. Das war aber keine bloße Feststellung von Tatsachen. Die Auszubilden-



den wurden aufgefordert, sich selbst aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Anreiz war nicht zuletzt die Teilnahme am Wettbewerb „Die gelbe Hand“. Die Auszubildenden ließen sich nicht lange bitten. „Die sprühten nur so vor Ideen“, erinnert sich Ausbildungsleiter Volkmar Fornfeist. Was herausgekommen ist, wurde Ende März in Düsseldorf vorgestellt. Neben dem Bus mit der gelben Hand als deutliches Zeichen gegen Rassismus ist das zum Beispiel ein Kurzfilm, den die Azubis vom Drehbuch bis zur Rollenbesetzung und Realisierung selbst organisiert haben. Die Geschichte hat – natürlich – mit dem Nahverkehr zu tun: Ein Afroamerikaner steigt in eine Straßenbahn, bekommt, obwohl Plätze frei sind, keinen Sitzplatz. Ihm wird gezeigt, dass er nicht erwünscht ist. Schließlich wird er von einem Mann attackiert und

steigt aus. Der Angreifer verlässt wenig später die Bahn und steigt in einen Bus, in dem nur Ausländer sitzen. Nun bekommt er ein Gespür dafür, was es bedeutet, eine Minderheit zu sein. Ein weiteres Projekt war ein Daumenkino, mit dem rassistisches Verhalten in einem Park thematisiert wird. Weiter wurden auch Passanten zum Thema Gewalt und Rassismus befragt. Und die Auszubildenden haben ein Plakat entworfen, auf dem die Weltkugel von einer weißen und einer schwarzen Hand gehalten wird. Berthold Meier, der die Azubis begleitet hat, berichtet von dem Spaß, den alle bei ihrem Engagement hatten. Die Umsetzung der Ideen fand natürlich – so Meier – während der Arbeitszeit statt, denn Lernen von Toleranz und Kampf gegen rechtes Gedankengut gehört zur Ausbildung.

SORGE ÜBER RECHTSEXTREMISMUS

Zentralrat der Juden fordert Bundesbeauftragten für den Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, hat Anfang April in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp seine Besorgnis über die Entwicklung der rechtsextremen Szene und die steigende Gewaltbereitschaft in diesem Bereich zum Ausdruck gebracht. Bei der Debatte über ein Verbot der NPD – so Kramer – dürfe nicht übersehen werden, «dass die Kameradschaften und Jugendorga-

nisationen ihre Aktivitäten weiter gesteigert haben». Kramer weiter: „Bisher nicht ‚infizierte‘ Landstriche werden systematisch unterwandert.“ So werde der Einfluss der Rechtsextremisten weiter ausgedehnt. Der Generalsekretär kritisierte, es gebe in Deutschland immer noch keinen politischen Konsens der demokratischen Parteien im Kampf gegen die extremistischen Feinde der Demokratie. Viel-

mehr werde dieses Thema «allzu gerne beschönigt». Notwendig sei ein „Bundesbeauftragter für den Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“. Statt dessen würden aber „Expertenkommissionen gegründet, deren einziger Zweck darin besteht, neue Studien und Aktionspläne zu Papier zu bringen, die dann im Kompetenzstreit der beteiligten Ressorts verwässert werden“.

„ALS IHNEN DÄMMERTE, WAS SIE GEMACHT HABEN, WAREN SIE RELATIV GEKNICKT.“

Aus dem Alltag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Für die Leitung des mittelständischen Edelstahlwerks Kuhn im Bergischen Land gab es im Sommer letzten Jahres eine unangenehme Überraschung. Ein Auszubildender ist für die Rechts-Außen-Partei Pro NRW aktiv und tritt öffentlich auch in Erscheinung. Ein anderer Auszubildender des Unternehmens wird auf einschlägigen Internetseiten ebenfalls als Aktivist der extremen Rechten aufgeführt. Beide werden in einem Gespräch darüber aufgeklärt, dass ein solches Engage-

NEONAZIS STÖREN VERANSTALTUNG DER IG BCE

Versuch der Einschüchterung

Eine Veranstaltung der IG Bergbau, Chemie, Energie im Bildungszentrum Haltern am See, die im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus stattfand, wurde massiv von rund 30 Neonazis gestört. Sie waren zu einer öffentlichen Veranstaltung der Gewerkschaft im nordrhein-westfälischen Haltern am 18. März 2010 gekommen und stimmten im Veranstaltungssaal ein Lied der Hitler-Jugend an. Hausherr Detlef Lüke verwies sie daraufhin des Saals.

Für Heiko Klare von der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster war das offensive Auftreten der rechten Szene bei einer öffentlichen Veranstaltung neu. Ihr Ziel sei es ihre Ideologie zu verbreiten, Präsenz zu zeigen und einzuschüchtern. Strafrechtlich sei ihnen dabei zunächst nicht beizukommen, so Klare.

Mitveranstalter Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Migration/Integration der IG BCE, der auch Vorsitzender des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ und stellvertretender Vorsitzender des Interkulturellen Rates ist, mahnte angesichts des Vorfalles: „Diese Gruppierungen scheuen vor nichts zurück, deshalb sind wir mehr den je aufgerufen, uns zur Wehr zu setzen und Flagge zu zeigen.“

ment dem Wertekodex des Unternehmens widerspreche und nicht erwünscht sei.

Das Unternehmen will es aber nicht dabei belassen und nimmt Kontakt zur nordrhein-westfälischen Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus auf. Die schaltet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln ein. Nun beginnt deren Arbeit. Die Mobile Beratung ist Teil der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus.

In einem ersten Gespräch der Berater mit der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat wird vereinbart, alle Auszubildenden über das Thema Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus zu informieren. Es wird sehr schnell eine Informationsveranstaltung während der Arbeitszeit durchgeführt, auf der Experten der Mobilen Beratung, Vertreter der lokalen Zivilgesellschaft und des Unternehmens auftreten.

Nach Veröffentlichung der Wahllisten zur Kommunalwahl kommt es zu einer

weiteren Überraschung. Insgesamt vier Auszubildende stehen auf der Reserveliste von Pro NRW in verschiedenen Wahlbezirken. Nach Gesprächen stellt sich heraus, dass drei von ihnen gar nicht bewusst auf die Liste wollten. „Ihnen war nicht klar, was sie unterschrieben haben“, so Michael Trube von der Mobilen Beratungsstelle. „Und als ihnen dämmerte, was sie gemacht haben, waren sie relativ geknickt.“ Eine Rücknahme der Kandidatur war formal nicht möglich. Deshalb entschlossen sich die drei nach weiteren Gesprächen mit der Mobilen Beratung, in einer öffentlichen Erklärung von Pro NRW zu distanzieren. Wörtlich heißt es u. a.: „Wir lehnen ausdrücklich jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ab. Wir rufen dazu auf, uns nicht zu wählen.“ Gleichzeitig weisen sie ausdrücklich darauf hin, dass sie ihre Erklärung nicht unter irgendeinem Druck abgegeben haben.

Dem Pro-NRW-Aktivisten war nicht

ibs
Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

mehr zu helfen. Er hatte interne Informationen des Unternehmens öffentlich gemacht, was arbeitsrechtlich zur Folge hatte, dass er für das Unternehmen nicht mehr tragbar war. Allerdings wurde er nicht unmittelbar gekündigt. Vielmehr wurde ihm nahe gelegt, seine Ausbildung bei einem externen Bildungsträger zu beenden.

In fünf Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens – Arnsberg, Münster, Detmold, Düsseldorf, Köln – gibt es seit Oktober 2008 eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Die MitarbeiterInnen beraten Schulen, Oberstufenzentren oder auch Betriebe und Menschen, die gegen rechts aktiv werden wollen. Koordiniert wird die Arbeit von der Landeskoordinierungsstelle bei der Landeszentrale für politische Bildung.

AUFKLÄRUNG GEGEN RECHTS IM WEB 2.0

Online-Beratung weitet Aktivitäten aus

Ob auf Social Media Plattformen oder in Web Communities: Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum nutzen immer häufiger das Internet, um Nachwuchs zu rekrutieren. Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, ein Pilotprojekt des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., setzt dagegen auf Aufklärung – nun auch mit Präsenzen bei YouTube, facebook und twitter.

Wie wichtig Engagement im Netz ist, stellten jugendschutz.net und die Bundeszentrale für politische Bildung im Herbst letzten Jahres deutlich heraus. Die Anzahl der von jugendschutz.net – 1997 von den Jugendministerien der Länder gegründet – festgestellten rechtsextremen Beiträge in sozialen Netzwerken und Videoplattformen hat sich 2008 auf mehr als 1.500 verdoppelt.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus geht deshalb mit Multimedia-Clips, Profilsseiten

in Netz-Communities und Microblogging nun noch gezielter auf ein virtuelles Publikum zu. Im Web 2.0 erreichen die Mitarbeiter des Projekts eine breite Zielgruppe – präventive Aufklärung in Sachen Rechtsextremismus durch Präsenz und Information sind hier die Stichworte.

Wo Neonazis mit braunen Parolen gerade junge Menschen auf ihre Seite ziehen wollen – so die Macher der Online-Beratung – ist Gegenöffentlichkeit das Gebot der Stunde. Deshalb platziert sich das Projekt neben der Beratungs-Homepage vermehrt dort, wo (nicht nur) junge Menschen sich online vernetzen – und dabei in Gefahr geraten, rechtsextremen Argumentationen ins Netz zu gehen.

Verschiedenste Gruppen von Autonomen Nationalisten bis zur White-Pride-Bewegung nutzen Internetplattformen und Webservices zunehmend für ihre Zwecke

aus. Ihre Botschaften verbreiten sie dabei zum Beispiel mit hochgeladenen Musikvideos oder Textnachrichten. Die Beziehungen zwischen Online-Hetze und Offline-Gewalt liegen dabei auf der Hand: Das Internet ist ein Ort des Anwerbens – zumal rechtsextreme Argumentationen auf den ersten Blick manchmal nicht als solche erkennbar sind.

Im WWW Präsenz zu zeigen und aufzuklären ist aus diesem Grund umso wichtiger.

Infos:

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

www.youtube.com/

onlineberatung

[http://twitter.com/_](http://twitter.com/_onlineberatung)

onlineberatung

[http://www.facebook.com/pages/Online-](http://www.facebook.com/pages/Online-beratung-gegen-rechtsextremismus/)

[beratung-gegen-](http://www.facebook.com/pages/Online-beratung-gegen-rechtsextremismus/)

[rechtsextremismus/](http://www.facebook.com/pages/Online-beratung-gegen-rechtsextremismus/)

[224775977626](http://www.facebook.com/pages/Online-beratung-gegen-rechtsextremismus/)

MARXLOH HAT SICH QUERGESTELLT

Demonstration und Fest gegen antimuslimischen Rassismus

Knapp 10.000 Menschen demonstrierten am 28. März in Duisburg-Marxloh gegen Kundgebungen der rechtspopulistischen Partei Pro NRW und der rechtsextremen NPD, an denen insgesamt rund 300 Leute teilnahmen. Die Demonstration endete mit einem Bürgerfest und einer Kundgebung gegenüber der Merkez-Moschee. Der Ort war nicht zufällig gewählt. Die beiden Rechts-Außen-Parteien hatten mit Parolen wie „Niemals deutsches Land in Moslemhand“ versucht, antimuslimischen Rassismus zu verbreiten und dazu ihre Kundgebungen vor der Moschee abzuhalten.

Auf der von der DGB-Region Niederrhein organisierten Kundgebung, an der sich auch der Kumpelverein beteiligte, machte der Regionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Rainer Bischoff



Alt-Oberbürgermeister Josef Krings auf der Kundgebung in Marxloh

klar, dass Rechte in Duisburg unerwünscht seien und es für Ausländerfeindlichkeit in der Stadt keinen Platz gebe. Der ehemalige langjährige Oberbürgermeister von Duisburg, Josef Krings, erklärte auf der Kundgebung: „Die rechtsradikalen sind die Fremden, weil sie Kulturen verachten, weil sie Menschen verachten, weil sie Hass säen.“

Neben der Kundgebung und dem Bürgerfest gab es in zahlreichen Teilen Marxloh Veranstaltungen und Feste. Organisiert war das insgesamt vom Marxloher Bündnis, das von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt wurde.



Dass der Aufmarsch der Rechten ausgerechnet während der Internationalen Wochen gegen Rassismus stattfand, ist für den Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis „eine unerträgliche Provokation aller anständigen Menschen“. Er hatte deshalb, wie andere Gewerkschaften auch, die Mitglieder

der IG BCE aufgerufen, sich an der Demonstration gegen den rechten Aufmarsch zu beteiligen und so mitzuhelfen, „dass diese Demonstration zu einem klaren Zeichen für Toleranz und gegen braune Hetze wird“. Das klare Zeichen wurde gesetzt, Marxloh hat sich quergestellt.

TERMINE

UND VERANSTALTUNGEN:

Neue Bremm...

Einst eine höllische Adresse!

Dienstag, 27. April
18.00 bis 19:15 Uhr

Veranstalter: DGB Jugend Saar, Bildungszentrum, Kirkel der Arbeitskammer Saar

Ort: Konferenzsaal im Bildungszentrum der Arbeitskammer (Zum Tannenwald 1) in Kirkel

Eingeladen sind alle interessierten Menschen.

Inhaltlicher Ablauf:

Kurze Vorstellung des ehemaligen Gestapolagers „Neue Bremm“

Der Autor Horst Bernard liest aus seinem Buch „Neue Bremm... Einst eine höllische Adresse! Ehemalige Häftlinge des Gestapolager Neue Bremm erinnern sich“.

Anschließend gibt es eine Diskussions- u. Gesprächsrunde mit dem Autor.

Die lange N8 –

65 Jahre nach der Nazibefreiung

Samstag, 8. Mai

Beginn: 16.00 Uhr

Veranstalter: IG BCE Ortsgruppe Bergedorf

Ort: Bergedorf (Hamburg)

VOLLER ERFOLG

Internationale Wochen gegen Rassismus 2010

Mehr als 900 Veranstaltungen in knapp 300 Städten und Gemeinden – das ist die Bilanz der diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus. Die diesjährige Kampagne vom 15. bis 28. März war damit die umfangreichste und vielfältigste in der Geschichte der Aktionswochen.

Vor allem Schulen und Volkshochschulen, Sportvereine, Gewerkschaften, Betriebe und lokale Initiativen haben die diesjährigen Wochen gegen Rassismus mit großem Engagement und viel Kreativität zu einem Erfolg werden lassen.

Auch immer mehr Kommunen stellen eigene Veranstaltungsprogram-

me zusammen: Das Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig erarbeitete ein Programm mit 35 Veranstaltungen, der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen hat zwölf Veranstaltungen initiiert und ein Zusammenschluss von Jugendeinrichtungen der Stadt Saarbrücken hat mit einem vielfältigen eignen Programm gezeigt, das sich auch junge Menschen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft einsetzen. Dort hat der Saarländische Ministerpräsident Peter Müller die Schirmherrschaft übernommen und damit einen Kontrapunkt zur sonst eher zurückgehenden Beteiligung

von Politikerinnen und Politikern gesetzt.

Inhaltlich standen bei den Veranstaltungen vorwiegend aktuelle gesellschaftliche Debatten im Mittelpunkt, etwa die prekäre soziale Situation von Flüchtlingen und Geduldeten, die eingeschränkten Partizipationsrechte für Migrantinnen und Migranten und die soziale Ausgrenzung von Minderheiten. Andere Diskussionsthemen waren Antisemitismus, Antiziganismus und häufig auch antimuslimischem Rassismus.

Aufgerufen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus hatte der Interkulturelle Rat gemeinsam mit über 60 bundesweiten Organisationen.

„RASSISTEN SIND EINE GEFAHR, NICHT MUSLIME!“

Gemeinsame Erklärung von 23 prominenten Persönlichkeiten

Anlässlich des Tags gegen Rassismus am 21. März haben Interkultureller Rat, Pro Asyl und der Deutschen Gewerkschaftsbund eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!“ veröffentlicht. Unterzeichnet haben die Erklärung 23 prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Medien und Kultur. Sie weisen darauf hin,

dass bei der Mobilisierung von Stimmungen gegen den Islam und die Muslime vielfach Rassisten und Rechtsextremisten am Werk sind: „Gruppierungen wie die NPD, pro Köln und pro NRW sind auf der Suche nach Mehrheiten zur Veränderung der demokratischen Gesellschaft. Dabei setzen sie auf Kampagnen gegen Minarette, Moscheen und gegen das Kopftuch.“ Und sie betonen: „Wir stellen uns populistischen und rassistischen Kampagnen entgegen, die auf dem Rücken von Muslimen die demokratische Ordnung unterwandern und Grundrechte beschneiden wollen.“

In der Erklärung wird u.a. gefordert, dass

- die demokratischen Parteien rassistischen Kampagnen gegen Muslime aktiv entgegenwirken;
- die Medien rassistischen Positionen gegen Muslime kein Forum bieten;
- Bildungseinrichtungen sich mit Mobilisierungsstrategien von Rechtsextremisten auseinandersetzen;
- zivilgesellschaftliche Organisationen Gesicht zeigen, wenn Rassisten versuchen, ihre Positionen zu verbreiten und salonfähig zu machen.

Die Erklärung wird getragen von:

Prof. Dr. Wolfgang Benz (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin); Prof. Dr. Heiner Bielefeldt (Universität Nürnberg-Erlangen); Dr. Ya ar Bilgin und Dr. Jürgen Micksch (Moderatoren des Deutschen Islamforums); Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein Çoruh (ha'atelier – werkstatt für phi-



Demonstranten stellen sich schützend vor die Moschee in Duisburg Marxloh.

GUT ABGESCHNITTEN

**Film des Monats:
Weiterbildungsleitende
Hilfen für die
Nachqualifizierung**

Weiterbildungsbegleitende Hilfen (wbH) sind Ergänzungsangebote zu bestehenden Qualifizierungsmaßnahmen. Sie können dazu beitragen, die Abbrecherquote zu reduzieren und die Effizienz dieser Maßnahmen zu steigern. Dieser Film stellt sie am Beispiel eines Nachqualifizierungslehrgangs für Friseurinnen in Mannheim vor.

Die DVD wurde vom Kompetenzzentrum Integra.net erstellt. Ziel von Integra.net ist die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten.

**Herausgeber: Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V./ Projekt Integra.net (Hrsg.)
Kurzfilm Deutschland 2010
Laufzeit: 5 Min.**

**Der Film kann über das DGB-Bildungswerk ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/
medienvleih**

losophie und Kunst); Prof. Dr. Micha Brumlik (Universität Frankfurt am Main); Annelie Buntenbach (Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes); Roberto Ciulli (Künstlerischer Leiter des Theater an der Ruhr); Günter Grass (Nobelpreisträger für Literatur); Dr. Navid Kermani (Schriftsteller und Orientalist); Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel (Universität Tübingen); Prof. Dr. Claus Leggewie (Professor für Politikwissenschaft und Buchautor); Prof. Dr. Dieter Oberndörfer (Rat für Migration); Prof. Dr. Birgit Rommelspacher (Alice Salomon-Hochschule Berlin); Prof. Dr. Joachim Sartorius (Intendant der Berliner Festspiele); Dr. Bernd M. Scherer (Intendant Haus der Kulturen der Welt in Berlin); Dr. h.c. Fritz Schramma (Oberbürgermeister der Stadt Köln a.D.); Prof. Dr. Gesine Schwan (Mitgründerin der Humboldt-Viadrina School of Governance); Hilal Sezgin (Schriftstellerin und Journalistin); Prof. Klaus Staeck (Präsident der Berliner Akademie der Künste); Prof. Dr. Rita Süßmuth (Bundestagspräsidentin a.D.); Ilija Trojanow (Schriftsteller); Feridun Zaimoglu (Schriftsteller).

**Die Erklärung steht im Internet unter:
www.gelbehand.de/erklaerung_21_maerz**

IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900